

17 SEP 1963  
**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P. XVIII/178

Bonn, den 17. September 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Gerechtigkeit braucht ihre Zeit</u> Von Dr. Lauritz Lauritzen Hessischer Minister der Justiz	36
3	<u>Gewerkschaftskongresse</u> Standortbestimmung in der modernen Gesellschaft	44
4	<u>Von Bonn vernachlässigt</u> Schleswig-Holstein - ERG-Entwicklungsregion?	50
5	<u>Reise in Amerika (V)</u> Der Ostblock im Blickfeld Von Fritz Säger, NGE	58
6	<u>Verdienter Ruhestand</u> Zum Rücktritt Altbürgermeisters Anton Dey, Wilhelmshain vom Präsidium des Hessischer Gewerkschaftsverbandes	40

Chefredakteur Günter Markscheffel

Gerechtigkeit braucht ihre Zeit

Von Dr. Lauritz Lauritzen  
Hessischer Minister der Justiz

Die Öffentlichkeit fragt, ob die zur Zeit anhängigen Strafverfahren wegen vielfachen Mordes (Massenerschießungen, Auschwitz, sogenannte Euthanasie) wohl jemals zum Abschluß kommen. Die Nachricht, daß der in der Strafsache gegen die Angeklagten K r u m e y und H u n s c h e auf den 9. Oktober 1963 anberaumte Hauptverhandlungstermin aufgehoben worden ist, daß einige Beschuldigte sich jetzt fast fünf Jahre in Untersuchungshaft befinden, daß bei dem Untersuchungsgefangenen Werner H e y d e Unterlagen über Fluchtvorbereitungen gefunden wurden, hat mit Recht Befremden erregt.

Haben die Justizbehörden sich übernommen?

Es ist sogar die Frage aufgeworfen worden, ob sich die Justizbehörden mit diesen Verfahren nicht übernommen hätten. Diese Frage allerdings beantwortet sich von selbst. Wenn es die Aufgabe der Justizbehörden ist, jede strafbare Handlung zu verfolgen, dann müssen sie auch Tatkomplexe meistern, die noch Umfang und Art der Verbrechen alles Bisherige übersteigen. Eine Verfolgung der hier in Rede stehenden Verbrechen war den deutschen Justizbehörden durch Vorbehalte der früheren Besatzungsmächte eine zeitlang verweigert. Die Ermittlungen konnten erst verhältnismäßig spät aufgenommen werden. Es ist nicht gelungen, aller Beteiligten habhaft zu werden. Viele sind irgendwo untergetaucht.

Wenn die Strafverfolgungsbehörden Verdächtige identifiziert haben, ist damit der Weg zu einer gerichtlichen Hauptverhandlung noch nicht frei. Das Ausmaß von Tat und Schuld des Einzelnen ist nur festzustellen, wenn man seine Funktionen innerhalb der nationalsozialistischen Tötungsmaschinerie herausarbeitet und ihm seine verarechnerische Beteiligung in einzelnen konkret nachweist. Wie schwierig das sein kann, hat die langwierige Untersuchung und Verhandlung gegen Adolf Eichmann anschaulich gezeigt.

Ein Komplex - Akten in 80 Bänden

Als Beispiel möchte ich hier nur einige Zahlen zu dem ersten Strafverfahren aus dem sogenannten Auschwitz-Komplex anführen. Die Verhandlung vor dem Schwurgericht in Frankfurt am Main voraussichtlich zu Anfang des kommenden Jahres beginnen wird. Die Gerichtsakten haben einen Umfang von 80 Bänden erreicht, sie umfassen rund 16.000 Blatt. In der allein schon 700 Seiten starken Anklageschrift sind rund 250 Zeugen benannt, welche weiteren Beweismittel die Verteidiger benennen werden, wird sich erst während der Hauptverhandlung übersehen lassen.

Ein Prozeß dieses Ausmaßes erfordert umfangreiche organisatorische Vorbereitungen. Die Landesjustizverwaltung hat für die voraussichtliche Dauer der Hauptverhandlung einen Saalbau mieten müssen, da die vorhandenen Gerichtssäle hierfür nicht ausreichen. Für die Verteidiger der 23 Angeeschuldigten - inzwischen ist noch gegen zwei weitere Personen Anklage erhoben - mußten die Gerichtsakten vollständig fotokopiert werden.

Im Rechtsstaat hat selbstverständlich jeder Angeklagte die Möglichkeit, Rechtsmittel und Rechtsbenelufe voll auszuschöpfen. Auch das wirkt sich auf den zeitlichen Ablauf der Verfahren aus.

#### Die Fristen

Dem Angeklagten Hunsche wurde die Anklageschrift am 24. April 1963 ausgehändigt. Das Gericht hat das Hauptverfahren am 20. Juni 1963 eröffnet. Der Hauptverhandlungstermin wurde auf den 7. Oktober 1963 bestimmt. Mit Schriftsatz vom 25. Juli 1963 haben die Verteidiger dieses Angeklagten Verfassungsbeschwerde erhoben mit der Behauptung, das Recht des Angeklagten auf rechtliches Gehör vor der Eröffnung des Hauptverfahrens sei verletzt. Da das Bundesverfassungsgericht über die Verfassungsbeschwerde bisher noch nicht entschieden hat, mußte der bereits bestimmte Hauptverhandlungstermin wieder aufgehoben werden.

Die Anklageschrift gegen die Angeklagten H e y d e , B e h n e und W e f e l m a n n datiert vom 2. Mai 1962. Sie ist 832 Seiten stark, 274 Zeugen sind von der Anklagebehörde benannt. Das Hauptverfahren gegen die drei Angeklagten wurde am 24. Januar 1963 eröffnet. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft hat das Gericht einen der Verteidiger des Angeklagten Heyde wegen der Gefahr einer Interessenkollision ausgeschlossen, da dieser zugleich als Zeuge benannt war. Gegen diese Entscheidung rief der Verteidiger das Bundesverfassungsgericht an, das seiner Verfassungsbeschwerde mit Beschluß vom 11. Juni 1963 statt gab. Das Gericht hat daraufhin dem zunächst ausgeschlossenen Verteidiger eine gewisse Frist zur Vorbereitung auf die Hauptverhandlung eingeräumt. Danach wird das Gericht in der Lage sein, den Termin zur Hauptverhandlung zu bestimmen.

\* \* \*

x

Die Hessische Landesjustizverwaltung tut alles, was in ihrer Kraft steht, um Prozesse dieses bisher unbekanntem Ausmaßes organisatorisch zu bewältigen. In der Sache selbst entscheiden unabhängige Richter. Den Angeklagten stehen - anders als ihren kollektiven Opfern - alle Verteidigungsmöglichkeiten offen, die ein Rechtsstaat jedem Beschuldigten gewährt.

+ + +

Gewerkschaftskongresse

Standortbestimmung in der modernen Gesellschaft

G.K. - Die in dieser Woche stattfindenden Kongresse mehrerer Industriegewerkschaften und auch der Kongreß der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) zeigen das Bild einer modernen sich ihrer Stellung in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat sehr bewußten und entscheidenden Gruppe unseres Volkes. Im Gegensatz zu Gewerkschaftskongressen früherer Zeiten geht es jetzt vielmehr um die grundsätzliche Standortbestimmung der größten demokratischen Gemeinschaft unserer Nation als um facubedingte und ausschließlich materielle Fragen.

So ist es für die Gewerkschaften bezeichnend, wenn zum Beispiel der durchaus nicht als radikal geltende Vorsitzende der DAG ausdrücklich die Ungerechtigkeit der bisherigen Vermögensbildung in der Bundesrepublik anklagt und entsprechende Forderungen zur Beseitigung dieses Zustandes stellt. Auch wenn der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Textil den Rechtsanspruch am Mitbestimmen des Arbeitnehmers auf den Arbeitsplatz ankündigt, zeichnet sich hier eine gesellschaftspolitische Perspektive ab, die nicht nur die Textilgewerkschaft betrifft, sondern uns alle.

Der DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg ließ in Hannover erkennen, daß der moderne Industriestaat ohne vortorgende Planung nicht funktionieren kann, daß er nicht in der Lage ist, der in Zeitalter der Automation uns bedrängenden Probleme Herr zu werden. Das große Verantwortungsbewußtsein der Gewerkschaften für unseren Staat ergibt sich auch aus der Anmeldung Rosenbergs auf den Anspruch der Gewerkschaften, eine Schule des demokratischen Staates zu sein.

Ebenso bedeutsam wie diese Forderungen an sich ist das machbar positive Echo in der deutschen Öffentlichkeit. Von einigen Ausnahmen abgesehen - Ausnahmen bestätigen die Regel - werden die Forderungen der Gewerkschaften als legitim anerkannt. Das ist gut so, denn angesichts einer sich allzu häufig am Rande der Legalität bewegenden Staatseführung und angesichts der vielen Schattenseiten der Vergangenheit, die immer noch aus öffentlichen Leben der Bundesrepublik verdrängt werden, ist im zunehmenden Maße die Erkenntnis durch, daß die freien Gewerkschaften einer der stärksten Pfeiler der jungen deutschen Demokratie sind.

Noch eine andere Bemerkung sei in diesem Zusammenhang gestattet. Die freie Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik, der von ihr in Staat und Gesellschaft erkämpfte Standort, ist, als Ganzes gesehen, die beste und überzeugendste Alternative zur Unfreiheit der Gewerkschaften im "Arbeiter- und Bauernstaat" des Diktators Ulbricht. Je wirkungsvoller und weitsichtiger die Gewerkschaften im freien Teil Deutschlands sich in das öffentliche Leben einschalten, umso grotesker und unglaublicher wird die von Pankow bis zum Übermaß verbreitete Behauptung, in der Bundesrepublik gebe es keine Freiheit, sei der "Arbeitnehmer nur das Ausbeutungsobjekt reaktionärer Kapitalisten".

Von Bonn verrachlässigt

Schleswig-Holstein - EWG-Entwicklungsregion ?

sp - Man weiß es längst, daß gute Verkehrsverbindungen eine wesentliche Voraussetzung für die Industrialisierung und für einen hohen Lebensstandard sind, und Schleswig-Holstein, das als EWG-Entwicklungsregion an Ende der deutschen Bundesländer hinsichtlich seiner Industriebeschäftigten und des Brutto-Sozialprodukts rangiert, hatte allen Anlaß, sich um bessere Verkehrsverhältnisse zu bemühen.

Das ist jetzt geschehen durch die Vorlage eines EWG-Anpassungsprogramms seitens der Landesregierung in Kiel. Dabei unterliegt es gar keinem Zweifel, daß dieses Programm schon viel früher hätte herbeigeführt werden müssen, und zwar eben durch jene CDU-FDP-Koalition, die mit schwindenden Mehrheiten seit 1950 in Schleswig-Holstein regiert. Auf der anderen Seite hätte auch die Bundesregierung in Bonn, die ja der Kieler Regierung so nahesteht, frühzeitiger und umfangreicher dem Land im Norden bei der Entwicklung seines Verkehrs helfen müssen.

Schleswig-Holstein selbst konnte und kann auf eigener finanzieller Kraft die Milliarden-Projekte nicht durchführen. Es ist schon richtig, was einer der Kabinettschefs der EWG-Kommission der Holländer Alfred Hozer, kürzlich in Kiel sagte, daß der Kieler Plan eine Anklage gegen Bonn ist, aus dem man aber ein Instrument zur Beseitigung der Bonner Fehler machen kann.

Um was geht es in der Verkehrsentwicklung im Norden für die jetzt aus Bonn, Brüssel und Kiel selbst in steigendem Maße die Mittel bereitgestellt werden sollen? Zwischen Hamburg und Kiel stanz auf eine Autobahn quer durch das Land mit einer Abzweigung nach Kiel geplant werden - ein Projekt, das die Sozialdemokraten schon vor vielen Jahren forderten, und das nach dem damaligen Initiator, dem sozialdemokratischen Abgeordneten, unter dem Stichwort "Meckler-Plan" lief. Das Netz der Bundesstrassen ist nach dem Plan praktisch doppelt so dicht wie bisher zu knüpfen. Große Brücken und eine weitere Untertunnelung des Nordostsee-Kanals werden notwendig sein.

Im nördlichen Bundesland gibt es bisher immer noch keinen einzigen Kilometer elektrifizierter Bundesbahn-Fernstrecken. Die Vogelfluglinie, die Kurzverbindung von Hamburg nach Kopenhagen, aber erforderlich, das seit Jahr und Tag. Auch die Fernstrecken von Hamburg nach Rostock und nach Flensburg müssen elektrifiziert werden, was im Norden wegen des Fehlens von Tunnels relativ billig ist. Der Ausbau der Ostseeküsten der Bau eines Elbehafens am Binnung zum Nordostsee-Kanal, sowie die Errichtung eines internationalen Lufthafens bei Kaltenkirchen sind weitere Großprojekte, die mit ihren Finanzplänen viele Seiten des neuen EWG-Anpassungsprogramms füllen.

Bis über 1970 hinaus sollen für alle Verkehrsprojekte in Schleswig-Holstein, einschließlich des Baues des Nordost-Kanals und der Modernisierung des Elb-Grave-Kanals rund 7,2 Milliarden DM ausgegeben werden. Kenner der Materie haben schon erklärt, daß dieser Betrag durch aus nicht zu hoch sei, sondern ansehnlich aufgebracht werden muß, wenn Schleswig-Holstein zu einem modernen Verkehrs- und Industrie-Staatus herangezogen werden soll. - Man kann gerade der Verkehrsabsehnitz des EWG-Anpassungsprogramms als Prüfstein des Bundes dafür ansehen, ob er nun wirklich gewillt ist, bei der Entwicklung seiner südküstenbezogenen Randzonen einmal nachrückend und durchgreifend zu helfen.

Reise in Amerika (IV)

Der Ostblock in Blickfeld

Von Fritz Sänger, MdB

Die Kontakte der ost- und südosteuropäischen Staaten untereinander werden in den USA aufmerksam verfolgt. Janos Kadar, Ungarns Mini-Präsident, werde nach Jugoslawien reisen, lautete die neueste Information. Dieser reist hier, jener dort - zu welchem Zweck und mit welchen Absichten? Der Osten und seine Politik gibt den nachdenklichen und besorgten, politisch interessierten Menschen - wir spüren und hören es in den Gesprächen immer wieder - viel Anlass zu Fragen und zu Besorgnissen. Ja zu Befürchtungen. Es ist ein Umgang mit einer ihnen fremden, unbekannten Welt, die aber effektiv ist.

Das heißt nicht, daß solche Kontakte mißbilligt würden, im Gegenteil, "Wenn sie miteinander reden, so werden sie miteinander denken und das heißt prüfen und erwägen", sagte einer der offenbar gut informierten Beobachter. Das allein genügt für eine vorsichtige Zuversicht. Der Glaube an die durchsetzende Kraft der Idee der Freiheit, an den eigenen Willen zum Frieden, der "draußen" erkannt werde, ist so groß, daß diese Männer meinen, aus solchen Gesprächen der Ostpolitiker müsse unvermeidlich ein besseres Verstehen der westlichen Argumente hervorgehen. Ich habe nicht gehört, daß mit dieser Hoffnung zugleich der Gedanke verbunden wurde, ein besseres Verstehen westlicher Politik bei den Satelliten der Sowjetunion würde auch zu einer Lösung vom Ostblock führen. Niemand hat diesen Gedanken ausgesprochen.

Der Ostblock ist in den Überlegungen, denen wir hier begegnen, eine Realität. Das muß mit allen Akzenten des nüchternen Sinnes der Amerikaner für Tatsachen verstanden werden. Die Sowjetunion, ihre politische, wirtschaftliche und technische Leistung sehen sie ohne Illusionen an, und alles, was in dieser Machtbereich gehört, nicht weniger klar. Der Block bildet ein Ganzes und wird so in die Erwägungen und Kalkulationen der Politiker einbezogen. Das müssen wir in Deutschland sehr genau erkennen und beachten.

Wiederholt wurde dem deutschen Besucher die Frage vorgelegt, ob die bisserigen schlenden diplomatischen Beziehungen zu Polen und anderen Staaten deshalb verzögert worden seien, weil man in der Bundesrepublik vielleicht hoffe, daß ihre Verwirklichung der "Beginn der neuen ast- oder osteuropäischen oder gesamt-europäischen Politik oder gar politischen Organisation" sein werde? Das wure, so fügte der Fragesteller sogleich hinzu, eine höchst peinliche Verbindung zweier politischer Probleme, die nicht organisch miteinander verknüpft seien. Eine solche Erwägung wure weder realistisch, noch im eigentlichen Sinne politisch, vielleicht mehr ideologisch.

Von ideologischen Auseinandersetzungen halten sie nur wenig, sie gehörten nicht in die Politik. Auch diese Bemerkung ist Bestandteil der politischen Wirklichkeit. Was mit dem Osten zu regeln ist, muß jenseits ideologischer Unterschiede zu regeln versucht werden mit den Mitteln und Methoden der Politik, die der Tag und jeder Tag neu, heute und morgen erfordert.

Wir gewannen den Eindruck, daß eine allzu starke Betonung dieses für sich durchaus richtigen Prinzips auch dazu führt, daß erkennbare Konsequenzen, die sich erst später allen offenbaren, unberücksichtigt bleiben, ja als unzulässige Belastung gegenwärtig nötiger Maßnahmen betrachtet und gewertet werden. Diese Beobachtung könnte noch zu manchen Diskussionen führen.

Verdienter Ruhestand

**Zum Rücktritt Altbürgermeisters Anton Dey, Kellheim/Main  
vom Präsidium des Hessischen Gemeindetages**

A. K. - Die kommunal- und staatspolitische Entwicklung in Hessen seit 1945 ist unlösbar mit der Personlichkeit des Präsidenten des Hessischen Gemeindetages, Altbürgermeister Anton Dey, Kellheim/Main verknüpft. Die Verabschiedung freier kommunaler Grundgesetze in Hessen während der Wiederaufbaujahre war wesentlich mit dem Verdienst des Landtagsabgeordneten und Mitgliedes des hessischen kommunalpolitischen Landtagsausschusses, Altbürgermeister Dey.

Der aufrechte Sozialdemokrat Anton Dey, Träger des Bundesverdienstkreuzes und der Freiherr-von-Stein-Plakette, war von 1926 bis 1933 Landessekretär im Volkstaat Hessen und hat damals maßgeblich am Aufbau der Arbeiterwohlfahrt mitgewirkt. Aber auch kommunalpolitisch hat er sich schon in frühester Jugend betätigt. Bereits nach dem ersten Weltkrieg war er Gemeindevertreter der Stadt Kellheim/Main deren Geschichte er seit dem 2. April 1945 geleitet hat.

Anton Dey, dem es eine Lebensaufgabe ist, die kommunale Arbeit mit den Auffassungen des demokratischen Sozialismus zu erfüllen, erkannte früh die Bedeutung der einzelnen Gemeinde für die Steigerung an überörtlichen Aufgaben als Grundlage einer freien Entwicklung der gemeindlichen Selbstverwaltung. So schloß er mit weniger Kollegen den Hessischen Gemeindegtag, den er in kurzer Zeit zu einer wichtigen und angesehenen Organisation im Lande Hessen entwickelte. Nach Konsolidierung dieses kommunalen Spitzenverbandes fand bereits im Jahre 1947 unter seinem Vorsitz die Gründungsversammlung zum Deutschen Gemeindegtag in Heppenheim a. d. Bergstraße statt. Bevor Bonn vorläufige Bundeshauptstadt wurde, war Anton Dey Präsident des Deutschen Gemeindetages. Die heute überall anerkannte Stellung des Hessischen Gemeindetages und des Deutschen Gemeindetages in der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände haben stark seiner Initiative bei der Legislative und den zuständigen Regierungsgewalten besonderes Gewicht.

Der Hessische Gemeindegtag wählte Anton Dey wiederum einstimmig zu seinem Präsidenten, der in der 6. Generalsammlung des Hessischen Gemeindetages am 18. September 1963 in Bad Nauheim seinen Abschied aus dem aktiven Dienst des Hessischen Gemeindetages nehmen wird.

Mit großem Bedauern werden alle, die mit Anton Dey viele Jahre zusammengearbeitet durften, vor dieser Nachricht Kenntnis nehmen. Sie hoffen aber - und wir wünschen es mit ihnen - daß ihnen der Mut und die Mitarbeit des klugen, gütigen und charaktervollen Mannes noch viele Jahre erhalten bleibt.